

Ganzjährig	8 fl. 40 kr.
Halbjährig	4 " 20 "
Vierteljährig	2 " 10 "
Monatlich	— " 70 "

Ganzjährig	11 fl. — kr.
Halbjährig	5 " 50 "
Vierteljährig	2 " 75 "

Für Zustellung ins Haus vierteljährig 25 kr., monatlich 9 kr.

Einzelne Nummern 6 kr.

Tagblatt.

Kongressplatz Nr. 81 (Buchhandlung von F. v. Steinmahr & S. Bamberg).

Für die einpaltige Zeile 3 kr. bei zweimaliger Einschaltung 5 kr. dreimal 7 kr.

Inserationsstempel jedesmal 30 kr.

Bei größeren Inseraten und öfterer Einschaltung entsprechender Rabatt.

Anonime Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuskripte nicht zurückgesendet.

Nr. 137.

Samstag, 17. Juni 1871.

Morgen: Gervasius.
Montag: Juliana K.

4. Jahrgang.

Dr. Costa und Glaser.

Die sonderbaren Blüten, welche die „Politik“ unserer wahrhaft österreichischen Minister zur Reife bringt, müssen nachgerade das Staunen der Welt erregen, und die neueste Bereicherung der „Eigentümlichkeiten“, deren wir allbereits eine erkleckliche Anzahl aufzuweisen haben, wird nicht verfehlen, uns dem Spott und Gelächter der ganzen zivilisirten Welt preiszugeben. Da ist unter andern ein alter Hofrath, Herr Pascotini, unter Bach und Thun der wähnendste Germanisator im Küstenlande, jetzt Vertreter der Italianissimi von Triest, der Regierung und Reichsrath um Gotteswillen bittet, ja recht bald die auf Staatskosten unterhaltene Oberrealschule in seiner Vaterstadt aufzulassen und dadurch das Budget um ein paar tausend Gulden zu erleichtern. Triest, von dessen Schulen bekanntlich keine den Andrang der Schüler bewältigen kann, sei ohnehin mit Schulen überbürdet; und unsere interessanten Nationen, die Slovenen, Bochesen, Tiroler und Italiener jauchzen dem Beifall zu und geben uns einen Vorgeschmack davon, wessen wir uns von der Blüte und dem Kulturgegen des soeben erstehenden Neuslovenreichs zu versehen haben.

Doch was will das alles besagen gegenüber dem Antrage unseres werthen Freundes und Vertreters im Reichsrathe, des Dr. Costa? Die vom Minister Stremayr angeordneten slovenischen Rechtsvorträge an der Grazer Universität, wofür bereits 3600 fl. ins Unterrichtsbudget eingestellt waren, konnten nicht gehalten werden, weil dazu nichts weniger als die Lehrer und Hörer fehlten. Der Finanzausschuß hat den sonach überflüssig gewordenen Betrag gestrichen. Das kümmert aber unsern Slovenenapostel Costa keinen Pfifferling. Gerade weil für eine slovenische Hochschule noch alle Vorbedingungen fehlen, soll eine solche in Laibach auf Staatskosten errichtet werden, und zwar in dem Umfange einer rechts- und staatswissenschaftlichen, sowie philosophischen Fakultät; denn, hört! — so argumentirt der Wortführer der Slovenen — die Universitätsvorträge müssen slovenisch sein, wenn man slovenische Beamte und Lehrer haben wolle, und erst dadurch sei es ermöglicht, daß die slovenische Sprache und Literatur, die bereits einen bedeutenden Umfang gewonnen, einen großartigen Aufschwung nehme. Der Staat aber thue nur seine verfluchte Schuldigkeit — das ist das untrügliche Ergebnis seiner eigenen gründlichen Geschichtsstudien — wenn er für einen solchen Aufschwung thätigst Sorge; sei ja auch der Aufschwung der deutschen Sprache nur durch thätige Mithilfe des Staates herbeigeführt worden. Daß die deutsche Sprache vom Volke und seinen Dichtern gepflegt worden, nicht von Fürsten und Höfen, die dem Franzosenthum huldigten, nicht von staatlichen Hoch- und Gelehrten Schulen, die sich der lateinischen bedienten, solche Thatsachen existiren für den slovenischen Geschichts- und Literaturkundigen einfach gar nicht.

Ja noch mehr, bei Herrn Costa und Konforten genügt es, eine Sprache zum Vortrage sämtlicher

wissenschaftlichen Fächer, sogar Philosophie und Staatswissenschaft inbegriffen, für geeignet zu erklären, wofür selbe eine Bibelübersetzung in „5 großen Oktavbänden“ aus dem 16. Jahrhundert besitze. Dem gelehrten Slovenenführer scheint da nur ein fataler Umstand ganz und gar entgangen zu sein, daß er sein hochgebildetes Volk damit auf den Standpunkt der Botokuden, Jermokoffen und Hottentotten stellt; denn, wir können ihn versichern, auch diese interessanten Stämme besitzen schon lange eine Bibel, und zwar nicht bloß in „fünf starken Oktavbänden“, sondern auch in schönster „englischer“ Duodez Ausgabe, die allerdings dem Herrn Costa ein Greuel zu sein scheint. Ihm, dem Mitgliede des katholischen Vereins in Laibach, ist es ja zu verzeihen, wenn er nicht weiß, daß die Bibel eben nichts anderes, als Schriftstücke enthält, die der Kindheit eines Volkes entstammen, wo mehr die Fantasie, als der Verstand thätig gewesen; ihm, dem Mitgliede der gelehrten „Matica“, mag es allerdings unbekannt sein, daß nach der skrupulösesten Schätzung der talmudischen Gelehrten 4000 Worte alles in allem ausreichen, um den beschränkten Ideenzirkel des altjüdischen Volkes mit seinem orientalischen Bilderthum wiederzugeben. Welcher Wortfülle aber unsere moderne Gesittung bedarf, um den ganzen Umfang unseres Ideenzirkels auch nur annähernd wiederzugeben, davon wollen wir dem belehrungsbedürftigen slovenischen Heißsporn einige schwache Andeutungen geben. Die verhältnißmäßig armen romanischen Idiome, das Italienische, Französische, Spanische und Portugiesische, umfassen beiläufig 50.000 Worte jedes. Das englische, welches aus doppelter Quelle, aus romanischer und deutscher, reichlich geschöpft, umfaßt bei 80.000; vom deutschen Barbarendiom verzeichnete Abtheilung am Ausgange des vorigen Jahrhunderts bei 200.000 Worte, und daß wir seitdem in der Entwicklung unserer Sprache und Kultur nicht stillgestanden sind, wird uns selbst ein Costa zugeben. Wenn der Wörterbuch, der in dem Riesenswerke der Gebrüder Grimm gebucht ist, einmal abgeschlossen sein wird, wollen wir ihm auch darüber Rede stehen. Daß die slavischen Idiome gegenüber den erstarrten romanischen gleich dem deutschen die außerordentlichen Vorzüge der Entwicklungsfähigkeit, der Neubildung aus dem vorhandenen Wurzelschätze, der Zusammenfügung u. s. w. besitzen, wissen wir; aber auch, daß das Neuslovenische kein Imperfektum und kein historisches Tempus mehr hat, somit in die Unmöglichkeit versetzt ist, eine Periode und einen logisch gegliederten Satz zu bauen; ebenso wird niemand, der etwas vom Gange der Sprachenentwicklung versteht, behaupten können, daß der Aufbau einer Kultursprache von oben herab durch Errichtung von Akademien und Hochschulen delretirt werden könne; oder wird vielleicht Dr. Costa der Welt weißmachen wollen, daß die Homere, Sophokles, Dante, Shakespeare, Milton, die Goethe, Schiller und Humboldt der Kulturvölker nicht aus dem Volke herausgewachsen, sondern der Welt künstlich aufgepfropft worden sind?

Doch betrachten wir uns auch die durch Costa's ungeheuerlichen Antrag beregte, ausgezeichnete Rede

Glaser's über die Sprachenfrage in Oesterreich, die unsere Leser bereits kennen. Mit Recht hat diese Rede das größte Aufsehen erregt nicht bloß in Oesterreich, sondern bei allen Kulturfreunden des Auslandes, die unsern Kampf mit der Unkultur um die höchsten Lebensgüter mit größtem Interesse verfolgen. Im Hause vor dem Schottenthore hat sich der Unverstand, die Hohlheit und Seichtheit noch nie so breit gemacht, als in der Sitzung vom letzten Dienstag; aber mit hoher Befriedigung müssen wir es gestehen, auch nie ist daselbst noch ein Gegenstand der Tagesordnung mit mehr Sachkenntniß, mit größerer Schärfe und Reife des Urtheils von einem Redner behandelt worden, als die Sprachenfrage von Dr. Glaser, dem Vertreter der Reichshauptstadt. In edler Vornehmheit, wie sie der Wissenschaft gegenüber der aufgeblasenen Hohlheit geziemt, verschmähend die bequemen Geißelhiebe des Spottes, ein würdiger Vertreter deutscher Gründlichkeit und Wissenschaft, knüpfte Glaser an die Frage der slovenischen Hochschule seinen tiefdurchdachten Vortrag über die Sprachenfrage in Oesterreich.

Es war aber auch hohe Zeit, daß den „unterdrückten“ Völkern, die in Europa allerhand Pilgerfahrten unternehmen und mit ihren erlogenen Leiden geradezu hausiren gehen, einmal ein Spiegel ihres Treibens vorgehalten wurde. Ewig sind es die Deutschen, welche die Schuld tragen, daß in Laibach und Gaslau noch immer die Wiege eines Dante, eines Goethe oder Humboldt nicht entstehen will. Aus purem Neid und Mißgunst knicken diese Deutschen die hoffnungsvoll emporkeimende Saat und ersticken die slovenischen oder tschechischen Feuergeister in ihren Schulen, wo sie angeblich gezwungen sind, das barbarische deutsche Idiom zu erlernen. Diese verhasste deutsche Rasse ist schuld, daß die slovenische Literatur erst einige Kinderfabeln und in neuester Zeit eine slovenische „Naturgeschichte“ aufzuweisen hat, worin der „Mensch“ (der „homo sapiens“ des Linne) als Naturwesen noch keinen Platz gefunden hat, und Fische und Säugethiere nicht unterschieden werden können. Durch sie, ihre Beamten, Lehrer, Professoren, Eisenbahnen (!) wird dem slovenischen Idiom der Boden und die weltgebietende Stellung entzogen. Und da kommt noch zuguterletzt der Dr. Glaser, welcher in edler Geduld und Langmuth dem polternen Slovenenführer gegenüber, der sogar in dem Worte „Kinderlallen“ etwas „ehrenrühriges“ für sein Volk zu finden glaubt, haarklein mit der unerbittlichen Logik der Thatsachen beweist, daß die Herren Slovenen selbst verantwortlich dafür sind, wenn sie noch keinen Schiller hervorgebracht; der Staat habe alles, was in seiner Macht stehe, bereits reichlich gethan, nebst der Gründung von Volks- und Mittelschulen sei er noch bestrebt gewesen, dem tiefgefühlten Mangel an Literatur abzuhelfen, er habe Schulbücher und ein slovenisches Reichsgesetzblatt auf Staatskosten herstellen lassen; an ihnen sei es nun, das vorhandene zu benützen und einmal selbst an die Arbeit zu gehen, statt des ewigen wüsten Lärmens und Schreiens nach der Staatshilfe. Kein Staat vermöge einem jungen Nationen unpflichtig eine neue Kulturepoche einzupfropfen. Seit Staaten

existieren, habe überhaupt keinen noch eine Sprache groß, kulturfähig und weltgebietend gemacht. Auch die deutsche Sprache sei nicht durch die Staatshilfe zu hoher Blüte gediehen, sondern das deutsche Volk habe unverdrossen, mit Bienenfleiß lange Jahrhunderte hindurch an dem mühevollen Werke der Bildung gearbeitet, die Deutschen seien eben nur durch eigene Arbeit, nicht durch Loben und Lärmen oder gar durch Staatshilfe das erste Kulturvolk der Welt geworden.

Darum, ihr Herren Slovenen, nehmt euch ein Beispiel, arbeitet, holt nach, ihr habt Muster und Vorbilder die Hülle und Fülle ringsum. Laßt fahren den eiteln Wahn, daß eine Kultursprache, große Dichter und Gelehrte durch Hochschulen und Akademien im Ordnonanzenwege sich schaffen lassen. Belehrt euch zur einfachen Wahrheit: Alles das kann nicht überstürzt oder künstlich wie in einer Brutanstalt gezüchtet werden, es muß sich organisch durch ernste Arbeit aus sich heraus entwickeln.

Die Rede Glaser's.

(Schluß.)

Man sagt freilich, warum sollten in Oesterreich nicht zweisprachige Anstalten möglich sein, sie seien auch im Auslande möglich.

Es gibt allerdings auch im Auslande mehrere zweisprachige Anstalten, zahlreiche allerdings nicht. Ich kenne nur das Politechnikum in Zürich und eine Anstalt in Belgien. Die Antwort nun auf jene Frage ist sehr traurig. Weil es in anderen Ländern möglich ist, ist es darum noch nicht in Oesterreich möglich, weil man in anderen Ländern die Sprachenfrage nicht über die Sachenfrage stellt (sehr gut! links), weil in anderen Ländern aus der Sprachenfrage nicht eine Frage der Gesinnung gemacht wird, weil in anderen Ländern nicht die Sprachenfrage zum Hebel gemacht wird, um religiöse und staatsrechtliche Reaktionen zu treiben. (Lebhafter Beifall links.)

Allein auch in diesem Punkte befinde ich mich in Uebereinstimmung mit dem Herrn Abgeordneten Costa, daß er nicht bloß von der rechtswissenschaftlichen Fakultät spricht, sondern sofort auch der philosophischen Fakultät gedenkt. Es erpart mir das eine Ausführung; es beweist, daß er sachlich eigentlich mit mir einverstanden ist, daß er jenen höheren Maßstab anerkennt, der an eine solche Anstalt gelegt werden muß, wenn sie ihrem Zwecke entsprechen soll.

Ich werde mich nicht mit der Frage beschäftigen, wie es möglich sein soll, für eine philosophische Fakultät das Material herbeizuschaffen, ich halte das für noch schwieriger, als bei der juristischen Fakultät; allein bei der juristischen erscheint das Bedürfnis mehr praktisch, man glaubt den Dingen viel leichter näher zu kommen, und andererseits bewege ich mich hier auf einem mir bekannten Gebiete.

Nun, ich will ganz absehen von dem Zustande speziell der slovenischen Literatur, ich will da nichts sagen, was verlegen mag. Bedenken kann ja der Herr Abgeordnete Costa selbst nicht unterdrücken. Ich will mich lediglich auf das Zahlenverhältnis stellen und will auch dabei mit dem Herrn Vordredner um einige hunderttausend Seelen nicht rechten. In der Regel pflegt man die Slovenen in Oesterreich auf eine Million anzuschlagen; sei es auch etwas mehr! Wenn nun gar kein anderes Hindernis vorhanden wäre, als das, daß man mit der Wahl der Personen, denen man solche Aufgaben überträgt, auf eine Bevölkerung von einer Million Seelen beschränkt ist, so ist dies allein schon ein solches Hindernis, welches von vornherein die Anstalt, welche aus dem so beengten Bewerbungsbetriebe besetzt werden muß, nicht bloß zur ewigen Mittelmäßigkeit, sondern zur Flachheit und Jämmerlichkeit verurtheilt. (Sehr gut! links)

Das bringt mich nun auf die Frage, die mir der Herr Abgeordnete Dr. Costa stellt, obgleich ich selbst auf das gleiche Moment die entgegengesetzte Behauptung stütze und so sagte: „Wie ist es mit

den anderen Nationen geworden? Mit welchem Jubel ist im vorigen Jahrhunderte die Einführung der nationalen Sprachen an den Universitäten begrüßt worden?“

Was ist denn nun die Geschichte, um von der deutschen Literatur, der der Herr Abg. Dr. Costa volle Gerechtigkeit widerfahren hat lassen, zu sprechen, was ist denn die Geschichte des deutschen Universitätenwesens? Was ist die Geschichte der Rechtswissenschaft in Deutschland in sprachlicher Hinsicht? Ich führe nur ein Faktum an: 1532 ist das erste und für lange Zeit hin letzte gemeinsame deutsche Strafgesetz zu Stande gekommen, bekannt unter dem Namen „Halsgerichts-Ordnung Karl's V.“ Diese war in deutscher Sprache geschrieben und die Folge war, daß die deutschen Gelehrten von ihr nicht eher Notiz genommen haben, als bis zwei lateinische Glossen erschienen waren.

Auch die Universitätsvorträge wurden in lateinischer Sprache gehalten. Hat das vielleicht die Entwicklung der deutschen Rechtswissenschaft gehindert? Gar nicht. Die Sprache war noch nicht entwickelt genug, um der Wissenschaft zum Organ zu dienen. Die Wissenschaft vorzeitig in die Fesseln dieser Sprache schlagen, hätte geheißen: die Wissenschaft selbst ersticken. (Bravo! Bravo! links.) Man zog einen anderen Weg vor; man behalf sich so lange man mußte mit dem Latein, und als Männer da waren, die wissenschaftlich denken konnten, und als sie eine Sprache fanden, die zwar noch nicht ein glänzendes Werkzeug war, die aber wenigstens so weit vorgeschritten war, daß sie zum Werkzeuge eines wissenschaftlichen Vortrages gemacht werden konnte, da war es das natürliche Ergebnis des menschlichen Gefühls, daß diese Männer sich dieses Werkzeugs bemächtigen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die deutsche Literatur das, was sie geworden, nicht von staatswegen, nicht durch staatlichen Schutz geworden. (Rufe links: Sehr gut!) Das Wort Schiller's sei unvergessen, daß der deutschen Muse kein Augustisch' Alter blühte, keines Medicäer's Güte lächelte

„Von dem größten deutschen Sohne,
Von des großen Friedrich's Throne
Ging sie schutzlos ungeehrt.“

Das beste ist es gewiß, wenn Jemand eine Wissenschaft in seiner Muttersprache lernt, wenn sie ihm in seiner Muttersprache vorgetragen wird. Wenn ich aber zu wählen habe zwischen einem Vortrage in der Muttersprache, der nichts taugt, der wissenschaftlich genommen Kinderlallen ist (Rufe: Sehr gut! links), welcher mit dem Ausdruck ringen muß, dann ziehe ich es vor, in einer fremden Sprache belehrt zu werden. (Bravo! Bravo! links.)

Das Verlangen, daß die Schule dazu diene, die Sprache zu schaffen, das heiße ich eben in eine Verkehrung von Mittel und Zweck hineingerathen, von der ich früher gesprochen habe. (Bravo, sehr gut! links.)

Nun deutete der Abgeordnete Costa schon an, daß man die Anforderungen eben nicht so hoch spannen dürfe: er gibt zu verstehen, die Anforderungen werden auch anderswo nicht so hoch gespannt.

Das ist gewiß, es gibt überall schlechte Studenten, überall mittelgute und noch mehr, das Mittelgute herrscht überall vor; es gibt überall unter den Lehrenden, wie unter den Lernenden, Menschen, die unter dem Niveau, das sie erreichen sollten, bleiben, das ist keine Frage. Allein, meine Herren, damit wird die Sache nicht besser, daß man das Niveau niederer stellt!

Umgekehrt muß man es machen! Und da erlaube ich mir das Wort eines hochverehrten Freundes hier wieder anzuführen, das er in dem Augenblicke sprach, als er vom Ministerische aus jene große, später so viel angefeindete Regierungsmaßregel vertheidigte. „Ein Ideal muß der Mensch haben und wenn er keines hat, muß ihm eins gegeben werden.“

Das sind die Gründe, wegen deren ich für meine Person, und mit mir gewiß viele, den aller-

höchsten Werth darauf lege, daß die Anforderungen, welche an diejenigen Anstalten gestellt werden, an denen die Rechts- und Staatswissenschaften gelehrt werden sollen, hoch gespannt seien. Darüber geben wir uns keiner Täuschung hin, daß Lehrende und Lernende unter ihrer Aufgabe bleiben werden. Die Frage ist aber die für den Staat, wie hoch oder gering er die Aufgabe zeichnet. Wenn er aber Anstalten trifft, wenn er Einrichtungen veranstaltet, wobei es gar nicht möglich ist, hohe Anforderungen zu stellen; wenn er Kompetenzen schafft, wobei als Argument, um einen Posten zu besetzen, der Umstand geltend gemacht wird, daß sich Doktoren gefunden haben, die kompetirt haben, wenn er nur in einem ganz engen Kreise von Menschen zu wählen hat und nehmen muß, wen er bekommt, weil die Plätze da sind und besetzt werden müssen: dann müssen alle jene Nachteile eintreten, welche ich bezeichnet habe.

Dieses sachliche Interesse ist es und, wie ich gezeigt zu haben glaube, ist es allein, welches mir es für nothwendig erscheinen läßt, dem Antrage des Herrn Abg. Dr. Costa in der Fassung, wie er ihn gestellt hat, entgegenzutreten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Politische Rundschau.

Laibach, 17. Juni.

Inland. Im Abgeordnetenhaus gab es am 15. d. wieder einmal zur Abwechslung Skandal, diesmal hervorgerufen durch eines unserer ministeriellen Originale, den Handelsminister Schäffle. Bei der Erörterung des Budgets des Handelsministeriums hatte der Abgeordnete Pickert in längerer Rede die abnorm hohe Besteuerung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, sowie der Spar- und Konsumvereine geschildert. Dabei ließ er dem gegenwärtigen Handelsminister Gerechtigkeit widerfahren, daß derselbe dem eben gerügten Mißstande abhelfen wollte. Zu diesem Behufe habe der Minister Gutachten bei den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften einholen wollen, habe sich aber unglücklicherweise an die Nachfolgerinnen der alten Zünfte, an die gegenwärtigen Zwangsgenossenschaften gewendet. Dieser Irrthum wäre aber verzeihlich bei einem Minister, der die österreichischen Verhältnisse nicht kenne. Noch mehr aber mochte die schwäbische Erzellenz geärgert haben, daß durch Pickert dem einzigen, wovon der Herr Handelsminister bisher sein Dasein fristete, nämlich seinem Geslunker mit der angeblischen Fürsorge für das Schicksal der arbeitenden Klassen, ein Ende gemacht wurde. Das brachte Herrn Schäffle so in Harnisch, daß er die Gesetze des parlamentarischen Anstandes beiseite setzte, die Kritik seines Vordredners „schlechte W'ge“ nannte, den Sturm des Hauses erregte und sich vom Präsidenten eine Rüge zuzog, für einen Minister eine fatale Geschichte.

Der „Tagesbote aus Böhmen“ hat gestern den czechischen Denunzianten eine ganz tüchtige Abfertigung zu Theil werden lassen. Sehr treffend bemerkte das Blatt, daß die Deutschen Oesterreichs zu viel Selbstvertrauen und Selbstachtung besitzen, als daß sie sich auf „Nothschreie“ zu verlegen brauchten. Es ist wahrhaftig ein Charakteristikum unserer verkehrten Zustände, wenn die Deutschen solchen Anklägern gegenüber ihre Loyalität zu vertheidigen haben. Wenn gar nichts anderes die begangene Fälschung beweisen würde, so müßte es der verdächtige Umstand, daß die deutschfeindlichen Organe so ausdauernd sich mit einer Korrespondenz beschäftigen, die von der gesammten deutsch-österreichischen Presse als Fälschkat zurückgewiesen wurde. Widmet ja heute das „Vaterland“ der Angelegenheit wieder einen Artikel, in welchem es zu der Ungeheuerlichkeit kommt, kein anderer als der Reichskanzler Graf Beust (!!) sei der Verfasser oder geistige Urheber des deutschen „Schmerzschreies.“ Was die Mittel des Kampfes betrifft, welcher sich

Fortsetzung in der Beilage.

die staatsrechtliche Opposition auf dem Lande bedient, so sind diese nicht immer anständig. Die Hilfsorgane des „Vaterland“ in Linz und Innsbruck wimmeln von Fälschungen und Verdächtigungen. Die tschechische Presse hat während des deutsch-französischen Krieges in einer Weise gefälscht und gelogen, die diese Organe in den Augen eines zu rechnungsfähigen Lesers jedes Credits berauben muß.

Das in Prag erscheinende klerikale Blatt „Czech“ erklärte in seiner letzten Nummer, daß es das Vorgehen jener Partei verwerfe, welche gegen Rußland hindränge, und daß es dahin wirken wolle, die österreichische Idee unter dem tschechischen Volke zu verbreiten. Daraus bemerken nun die „Narodni Listy“: „Ei, recht viel Glück zu diesem schwarzen Eifer. Zufälligerweise aber ist unter unserer Nation, Gott sei Dank, schon hübsch lange eine ganz andere Idee als die österreichische verbreitet, nämlich die tschechische Idee, die slavische Idee, und zwar so vollständig und so mächtig, daß es dir, lieber „Czech“, mit dem Einbläuen deiner österreichischen Idee verzeuflert traurig gehen wird!“

Nun, das ist doch deutlich gesprochen, und nicht etwa gesprochen von einem Anonymus, sondern von der Redaktion des anerkannten Organs der jungtschechischen Partei! Und was das hübscheste bei der Sache ist: dieser selben Partei hat das „Vaterland“ erst vor vier, fünf Tagen öffentlich das Zeugniß ausgestellt, daß sie „in der letzten Landtagsession einen böhmisch-korrekten und österreichisch-loyalen Standpunkt eingenommen habe.“ Wenn eine Partei, die sich rühmt, „Gott sei Dank, schon hübsch lange eine ganz andere Idee als die österreichische“ auf ihrer Fahne zu tragen, in den Augen des hochweisen Feudalblattes den „österreichisch-loyalen“ Standpunkt einnimmt, bemerkt die „Bohemia“ dazu, dann haben die Verfassungstreuen wohl allen Grund ruhig zu lächeln, wenn dasselbe Blatt sich herausnimmt, sie „Hochverräther“ zu schelten.

In Provinzblättern, dem „Ungarischen Lloyd“, dem „Tagesboten aus Mähren“ und der „Prager Tagespost“, finden wir heute so ziemlich identische Wiener Korrespondenzen über den Ausgleich des Ministeriums mit den Tschechen. Derselbe sei als vollständig gescheitert zu betrachten. Man habe sich nur an die Alttschechen gehalten und geglaubt, dieselben bereits vollständig im Sack zu haben, aber man habe die Rechnung ohne die Jungtschechen gemacht, welche die ganze Massenbewegung in der Hand hätten. Diese hätten sich gegen jeden Vergleich mit dem Ministerium so energisch ausgesprochen, daß nichts anderes übrig geblieben sei, als den Gedanken einer Verständigung fallen zu lassen. Dabei sei man zur Einsicht gekommen, daß es in Böhmen doch auch eine Machtfrage zu lösen gebe, und da habe man beschlossen — den Deutschen um den Bart zu gehen. Die Erzählung klingt sehr glaublich und erklärt den neulichen Artikel des „Prager Abendblattes“ auf die natürlichste Weise. Es gibt eben Dinge, die so einleuchtend sind, daß sich auch das Ministerium Hohenwart der Erkenntniß derselben nicht ganz zu entziehen vermag.

Das klerikale Grazer Volksblatt sagt: Graf Beust stört unsere Freude; fast am selben Tage, an welchem Fürst Hohensohe in Rom ankommt, um dem heiligen Vater die Glückwünsche des Kaisers zu überbringen, meldet die „Wiener Ztg.“, Baron Stübeck wird von Florenz nach Rom gehen. Wir werden den Grafen Beust so lange pflichtgemäß respektiren, als ihn Sr. Majestät in der Nähe hat. Das Ministerium ist entweder zu schwach, den Grafen Beust aus dem Sattel zu heben, oder es zieht an einem Strange mit ihm. Wir werden ernstlich erwägen müssen, ob es für die konservative Partei nicht besser ist, von dem mindestens nicht energischen Ministerium sich fernzuhalten.

Auch aus Innsbruck verlautet, daß der Bürgerausschuß in einer Sitzung am 15. Juni jede Theilnahme an der päpstlichen Jubelfeier verweigerte und die Beschlagnahme und Beleuchtung der städtischen Gebäude sowie die Theilnahme der

städtischen Schulen versagte; ebenso protestirte der akademische Gesangverein gegen die Theilnahme an der Feier.

Ausland. Der erste deutsche Reichstag wurde am 15. Juni vom Kaiser mit einer Thronrede geschlossen, in welcher der Kaiser dem Reichstage dafür dankt, daß er den ehrenvollen Beruf erfüllt habe, die Wunden, welche der Krieg geschlagen, nach Möglichkeit zu heilen und den Dank des Vaterlandes denen zu bethätigen, welche den Sieg mit ihrem Blute und ihrem Leben bezahlt haben. Durch die neue Redaktion der Reichsverfassung haben die staatsrechtlichen Verhältnisse Deutschlands die den Vertretern entsprechende Form gewonnen, eben so sei für die Einrichtungen, welche in Elsaß und Lothringen zu treffen sind, die gesetzliche Grundlage festgestellt. Der Schluß der Thronrede lautet:

„Während der Dauer Ihrer Versammlung ist der Friede mit Frankreich endgiltig abgeschlossen worden. Dieser Abschluß und die Wiederherstellung geselliger Gewalten in Frankreich haben es zu meiner Freude möglich gemacht, einen großen Theil des Heeres in das Vaterland zurückkehren zu lassen. Der Schluß Ihrer Thätigkeit fällt zusammen mit dem Einzuge der siegreichen Truppen aller deutschen Heeresheile in meine Hauptstadt. Sie werden, geehrte Herren, Zeugen des Einzuges sein, und wenn Sie unter dem Eindrucke dieser nationalen Feier in Ihre Heimat zurückkehren, werden Sie die freudige Gewißheit mit sich nehmen, daß die patriotische Hingebung der deutschen Volksvertretung an der großartigen Entwicklung des Vaterlandes und an dem Glanze der Siegesfeier ihren berechtigten Antheil hat. Möge, wie ich zu Gott hoffe und wie ich nach den neu begründeten Beziehungen des deutschen Reiches zu allen auswärtigen Mächten überzeugt sein darf, der Frieden, dessen wir uns erfreuen, ein dauernder sein.“

Ein Manifest der republikanischen Linken, welches von 81 Mitgliedern unterzeichnet ist, klagt die monarchischen Parteien von Frankreich an, den Pakt von Bordeaux nicht beobachtet zu haben, nach welchem man übereingekommen war, die politischen Fragen zu vertragen und zuwiderst die Fragen der öffentlichen Wohlfahrt zu lösen. Das Manifest denunziert, daß auf dem Lande Petitionen kolportirt werden, welche die Wiederherstellung des alten Regimes und die Einmischung in die Angelegenheiten Italiens verlangen. Die bourbonischen Agitationen ermuthigen die Bonapartisten, welche ihr Haupt wieder erheben. Das Manifest wünscht die Wahlen herbei, um die wahren Gesinnungen des Landes erkennen zu lassen, und schließt mit der Erklärung, daß die Republik das einzige Regime sei, welches den Frieden, die Arbeit und die Sicherheit verbürgt.

Der Mangel jedes Tadelns gegen die Kommune in dem Manifeste der radikalen Linken hat einen betrübenden Eindruck hervorgebracht. Die meisten Journale billigen sonst das Manifest.

Alle Journale, mit Ausnahme der klerikalen Blätter, betrachten das Schreiben der fünf französischen Bischöfe, in welchem die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes verlangt wird, als einen überflüssigen Schritt. Die Journale sagen, Frankreich könne und wolle sich nicht mehr in diese Frage einmischen, aus welcher es glücklicherweise herausgelangt ist.

Zur Tagesgeschichte.

— Auf Anregung des Münchener Stifisprobstes Dr. Döllinger haben sich in Wien und Pest Aktions-Komitees gebildet, welche die einheitliche Leitung der religiösen Reformbewegung in Oesterreich-Ungarn in die Hand genommen haben. Die Bewegung greift übrigens bereits weit hinaus über die Grenzen Oesterreichs und des katholischen Südens Deutschlands. Es haben sich nämlich zu gleichem Zwecke wie in Wien bereits Aktions-Komitees konstituiert in Berlin, den Rheinlanden, in München und Stuttgart. Italien und

England sind für diese Reformbestrebungen bereits gewonnen. Es existiren dort Aktions-Komitees in Turin und Florenz, sowie in London, wo Lord Acton mit nicht geringerem Eifer als Döllinger in München wirkt. Die Diözesan-Versammlungen in Schlesien und Oberösterreich sind in Folge Aufforderung des Zentral-Aktions-Komitees in München vom Juli auf den Herbst verschoben worden.

— Dem „Mähr. Korresp.“ schreibt man aus Roznau, 13. Juni: Am 9. d. starb in Zubry, nächst Roznau, der Bruder des bekannten Prager Historiografen und Tschechenführers Dr. Palacky in sehr ärmlichen und wahrhaft bemitleidenswerthen Verhältnissen. Derselbe bewohnte eine schmutzige Kammer und lebte so dürftig wie der ärmste Bettler, indem er außer einer kleinen Pension, die er von einem ungarischen Grafen bezog, in dessen Hause er viele Jahre Hofmeister war, kein Vermögen besaß und also nebstbei auf die Unterstützung anderer Menschenfreunde angewiesen wurde. Sein in Prag lebender Bruder erinnerte sich nicht mehr seiner und auch der Verstorbene war zu stolz, die Hilfe seines Bruders in Anspruch zu nehmen. Ist es doch Thatsache, daß der Bürgermeister von Roznau, Herr Janik, der dem Verstorbenen viele Wohlthaten erwiesen hat, wiederholt an Dr. Palacky den Tod seines Bruders meldete, aber keine Antwort erhielt. Das hat selbst in slavischen Kreisen peinlich berührt.

— Verschiedene französische ultramontane Blätter stellen Betrachtungen über die „Pariser Furien“ an und suchen die Ursachen ihrer monströsen Verirrungen in den modernen weiblichen Bildungsanstalten und dem Haß gegen Klosterfrauen und geistliche Erziehung. So traurig die fürchterlichen Ausschreitungen des männlichen und weiblichen Pariser Böbels an und für sich sind, so komisch klingen diese Klagen, wenn man bedenkt, daß kein Land der Welt (unser als „katholisch“ verrufenes Oesterreich, Gott sei Dank, nicht ausgenommen) so vielen „geistlichen Unterricht“ genießt, als Frankreich. Es gibt dort nicht weniger als neunzigtausend Nonnen, von denen über 60.000 Unterricht erteilen. 700.000 Schülerinnen besuchen geistliche und nur die Hälfte dieser Zahl weltliche Schulen. Von den 1200 weiblichen Pensionaten sind über tausend von Klosterfrauen geleitet. Es scheint also mit dem geistlichen Unterricht in Frankreich nicht so schlecht bestellt zu sein.

— Im vorigen Jahre war während des Besuches des russischen Kaisers in Rissingen daselbst eine anonyme Denunziation eingegangen, nach welcher unter der polnischen Jugend in Warschau eine Verschwörung gegen das Leben des Kaisers bestehen sollte. Diese Denunziation erwies sich, wie man der „Nisse Ztg.“ mittheilt, als falsch und als ihr Urheber wurde der Chef der geheimen Warschauer Polizei, Major Hlasto, entdeckt und zur Untersuchung gezogen. Während der Untersuchung stellte sich auch heraus, daß der geheime Polizeichef zahlreiche andere falsche Denunziationen gegen reiche Einwohner fabrizirt hatte, welche in Folge dessen verhaftet worden waren und sich durch bedeutende Summen von der weiteren Haft losgelaufen hatten. Der plötzliche Tod des Majors Hlasto beendete die Untersuchung. Als Ursache des Todes ist Vergiftung ermittelt, und ein in der Stadt allgemein verbreitetes Gerücht bezeichnet die Mitschuldigen des Verstorbenen als diejenigen, die ihm das Gift in Speisen oder Getränken beigebracht haben, um den einzigen Zeugen gegen sie still zu machen.

Total- und Provinzial-Angelegenheiten.

Total-Chronik.

— (Baron Conrad), der Statthalter von Oberösterreich, gedenkt, wie Wiener Blätter melden, sein Mandat als Vertreter der Stadt Udria im Krainer Landtage nicht niederzulegen.

— (Ein Irrsinniger.) Ein italienischer Arbeiter, der geflern mit der Eisenbahn nach Italien reiste, wurde während der Fahrt irrsinnig und mußte in die hiesige Irrenanstalt abgegeben werden.

— (Selbstmord.) Heute Morgens kurz nach 6 Uhr entlebte sich Alexander T., bis vor kurzem Bedienter des Fürsten M., im Vorzimmer von des letztern Wohnung mittelst eines Pistolenschusses. Derselbe war bereits vor einigen Tagen aus dem Dienste getreten, hatte aber bis zu seiner für heute bestimmten Abreise nach Graz, seinem Heimatsorte, die Erlaubniß erhalten, während der Abwesenheit seiner Herrschaft nebst der übrigen Dienerschaft in der Wohnung bleiben zu dürfen. Eine äußere Ursache des Selbstmordes ist nicht bekannt; wohl aber scheint die That nach allen Umständen zu schließen bereits längere Zeit und reiflich bedacht gewesen zu sein. Die Leiche wurde sofort in die Todtenkammer nach St. Christof übertragen, wo die Sektion vorgenommen werden wird.

— (Die Pretiosen.) von deren Verluste wir jüngst berichteten, sind gefunden worden und wurden dem Verlustträger bereits zugestellt.

— (Sämmtliche slovenische Vereine) werden im Laufe der nächsten Woche, wie „Slovenski Narod“ meldet, die Wahlfeier der kroatischen Brüder festlich begehen. Die Feier in Laibach wird in Festtheater, Konzert und einem Volksfest im Garten der Citalnica bestehen. Die hervorragenden kroatischen Parteiführer sind geladen und haben ihr Erscheinen in Laibach bereits angekündigt.

— (Eine südslavische Allarm-Ente.) Ein Wiener Korresp.-Bureau, das mit südslavischen Politikern in Beziehung steht, bringt nachstehendes Telegramm aus Laibach: „In politischen Kreisen wurde die Abmachung zwischen dem Grafen Hohenwart und den slovenischen Reichsraths-Abgeordneten bekannt. Danach sei die baldige Errichtung eines Königreichs Illyrien, wie es schon zur Zeit Napoleons I. bestand, eine ausgemachte Sache und nur eine Frage der Zeit. Dieses Königreich soll alle jetzt in die deutschen Kronländer eingereichten slovenischen Gebiete umfassen, und zwar im Norden bis zur Drau, im Osten bis nach Kroatien, im Süden und Westen bis an das adriatische Meer und Italien reichen. „Illyrien“ würde dann ganz Krain, die südliche Steiermark bis zur Drau (wobei jedoch die am linken Ufer der Drau liegenden Städte Marburg und Pettau zu dem neuen Königreiche kämen), Kärnten bis zur Drau, die Grafschaft Görz, das Gebiet und die Stadt Triest und ganz Istrien umfassen. Den deutschen Sprachinseln, die nach dieser Organisation dem Königreiche zufallen, sollen ihre Rechte gewahrt bleiben. Die Verwaltung des Königreichs, an deren Spitze ein Statthalter mit dem Sitze in Laibach stehen soll, wird einem General-Landtage in Laibach, welchem der Statthalter verantwortlich sein wird, unterstehen. Dieser Landtag wählt Abgeordnete in die auf föderalistischer Basis zu konstituierende Reichsdelegation.“ Wir haben es hier mit einer gleichen Allarm- und Tendenzente zu thun, wie seinerzeit das aus ähnlicher Quelle stammende Telegramm über die beabsichtigte Trennung Schlesiens und Zuthellung des Teschener Kreises an Galizien.

Aus dem Gerichtssaale.

Prozeß Domenig.

Siebenter Verhandlungstag.

Laibach, 13. Juni 1871.

Den heutigen Tag nimmt die Verhandlung bezüglich der Häuser Nr. 19 und 20 in Laibach, im Ankaufspreise von 10.905 fl., in Anspruch, rücksichtlich welcher die Anklage behauptet, daß Domenig dieselben nur zum Scheine und in der Absicht seiner Ehegattin verkauft habe, um den Werth der Häuser der Konkursmasse zu entziehen.

Andreas Domenig behauptet auch heute im Einklange mit seiner Ehegattin, daß er schon durch längere Zeit über Anregung seiner Frau mit der Absicht umgegangen sei, für sie ein Haus zu kaufen, in dieser Absicht sich auch zur exek. Lizitation der genannten Häuser zum Landesgerichte begeben, daselbst die Realitäten um 10.905 fl. erstanden und das Lizitationsprotokoll nur im Namen seiner Ehegattin unterschrieben habe, daß jedoch diese Unterschrift, weil er sich mit keiner Vollmacht noch seiner Ehegattin auszuweisen vermochte,

nicht akzeptirt wurde und er daher genöthigt war, die Realitäten mittelst eines besonderen Kaufvertrages seiner Frau abzutreten.

Die diesbezüglichen Angaben Domenigs werden durch das Lizitationsprotokoll, den Kauf- und Kaufvertrag, sowie durch die Aussage des zur Verhandlung als Zeugen vorgerufenen Dr. S. bestätigt.

Weiteres wird konstatiert, daß in dem bei der Lizitation erlegten Badium fünf 60er Lose im Werthe von 750 fl. sich befanden, welche in dem Verzeichnisse über die angeblich der Emilie Domenig gehörigen Lose vorkommen, während die übrigen Werthpapiere von 1400 fl. aus denen die Kaution bestand, in diesem Verzeichnisse nicht enthalten sind.

Ebenso wird konstatiert, daß Johann Schmidl auf dieses Badium Exekution führte, woraus die Anklage folgern will, daß die Kaution nicht ein Eigenthum der Emilie Domenig gewesen sein konnte.

Weiters wird konstatiert, daß anlässlich dieses Häuserkaufes an Steuern 1185 fl. 93 1/2 kr., an Exekutionskosten 45 fl. 25 kr., der Sparkasse 696 fl. 13 1/2 kr., an Dr. P. 1112 fl. 9 kr., zusammen 3039 fl. 41 kr. bezahlt wurden, bezüglich welchen Betrages Andreas Domenig angibt, daß er ihn zwar bezahlt, jedoch das Geld von seiner Frau erhalten habe, während in dem bezüglichen Kaufvertrage nur ein Betrag von 2152 fl. 35 kr. als von der Frau bezahlt ausgewiesen erscheint.

Es wird weiters durch Verlesung mehrerer Briefe des Domenig, wie an Paul Sch. und R. in Wien konstatiert, daß sich Andreas Domenig als Eigentümer der beiden Häuser ausgegeben habe, endlich, daß nach der Lizitation bedeutende Reparaturen an den beiden Häusern vorgenommen und die diesfälligen Ausgaben vor der Verhaftung des And. Domenig von diesem bestritten wurden.

Der Vorsitzende konstatiert nun, daß diese Aussagen sich nach den beim hiesigen Magistrat gepflogenen Erhebungen auf 3358 fl. 3 kr. belaufen.

Da jedoch der Angeklagte die Höhe des Betrages bestritt und die bezüglichen Professionisten gerichtlich nicht vernommen wurden, beantragt die Staatsanwaltschaft die Vorladung derselben, welchem Antrage der Gerichtshof auch Folge gibt.

Von den genannten Zeugen werden die meisten noch im Laufe dieses Tages vernommen, die übrigen auf die nächsten Tage bestellt.

Wir übergehen ihre Aussagen umsomehr, als dieselben sich meist nur auf die Ziffer der verschiedenen Kostenbeträge für gelieferte Maurer-, Tischler-, Glaser-, Schlosserarbeiten u. s. w. beziehen, und schließen hiemit den siebenten Verhandlungstag mit dem Bemerkten, daß eine ausführlichere Besprechung des Gegenstandes nur durch die treue Wiedergabe der Verhöre der Angeklagten möglich gewesen wäre, welche jedoch die Grenzen des uns gestatteten Raumes weit überschritten hätte.

Achter, neunter und zehnter Verhandlungstag (14. bis 16. Juni)

Am achten Verhandlungstage kamen vorerst die Wechsel ddo. 22. Juli 1869 per 600 fl. des Grafen T. und ddo. 10. Oktober 1868 per 100 fl. des Johann P. zur Sprache, rücksichtlich welcher die Anklage behauptet, daß das auf demselben befindliche Giro des Andreas Domenig an seine Frau Emilie nur auf einem Scheingeschäfte beruhe und nur deshalb auf die Wechsel geschrieben worden sei, um die bezüglichen Wechselkapitalbeträge der Konkursmasse zu entziehen.

In dieser Richtung werden die Zeugen T. und P. einvernommen, und ergibt sich aus deren Aussagen so wie aus den Verhören der Beschuldigten, daß Andreas Domenig sich diesen gegenüber als Eigentümer der Wechselforderungen girirte und daß sich die beiden Beschuldigten in Bezug auf den Titel des Ueberganges dieser Wechsel an Emilie Domenig widersprechen.

Sobin kommt jener Theil der Anklage zur Verhandlung, welcher dem Andreas Domenig zur Last legt, daß er beträchtliche Weinvorräthe, die sich zur Zeit der Konkursöffnung noch in seinem Besitze befanden, unter der Vorpiegelung, daß er dieselben im

August und September 1869 an seinen Bruder Josef Domenig verkauft habe, der Konkursmasse zu entziehen bestrebt war.

Rücksichtlich dieses Faktums erscheint Josef Domenig als Mitschuldiger, da die Anklage behauptet, daß er durch die Bestätigung des von seinem Bruder vorgeschügten Verkaufes diesem bei Verübung des ihm zur Last gelegten Betruges Mithilfe leistete und sich dadurch des gleichen Verbrechens mitschuldig machte.

Beide Angeklagten sagten diesfalls übereinstimmend aus, daß Andreas Domenig seine sämtlichen Weinvorräthe dem Josef Domenig um die oben angegebene Zeit in zwei Partien, u. z. 78 Eimer um 741 fl. und 19 Eimer um 104 fl. 15 kr. verkauft, daß Josef Domenig letzteren Betrag sogleich, vom ersteren Betrage aber 141 fl. bei der Uebernahme bezahlt, bezüglich des Restes pr. 600 fl. aber einen am 20. September 1869 zahlbaren Wechsel ausgestellt und diesen zur Verfallszeit auch bezahlt habe.

Die Verhandlung über diesen Gegenstand nimmt nicht nur den Rest des achten, sondern auch den neunten Verhandlungstag in Anspruch.

Wir beschränken uns darauf, nur einige wichtigere Punkte der Verhandlung hervorzubehalten.

So behauptet unter anderem Josef Domenig, daß er zur Zeit des fraglichen Weineinkaufes ungefähr 1000 fl. Vermögen besessen habe, während aus mehreren zur Verlesung gebrachten Briefen hervorgeht, daß derselbe sich zur Zeit, um welche er sich sein Vermögen erworben haben will, in sehr drückenden Verhältnissen befand; auch gelangen Zeugenaussagen zur Verlesung, aus denen sich ergibt, daß Josef Domenig zur Zeit seiner Militärdienstleistung und später kein nennenswerthes Geld besaß. Dem entgegen aber kommen wieder Protokolle mit Zeugen und ein Bericht des Gemeindecameres Hlitsch zur Verlesung, aus denen sich ergibt, daß derselbe bei seiner Rückkehr vom Militär zirka 300 fl. im Vermögen hatte, dann mit Johann R. einen Hausirhandel betrieb, bei dem er rein 280 fl. gewann, daß er endlich mit einem anderen Hausirer in Geschäftsverbindung trat und auch dabei gute Geschäfte machte.

Die Zeugin Karoline R. gibt an, daß ihr Andreas Domenig das Weingeschäft auf Rechnung gegeben, daß sie diesem eine Kaution, bestehend in einem Sparkassebüchel pr. 50 fl., ausgefolgt, daß Andreas Domenig ihr die zu schänkenden Weine aus seinem Keller verasfolgte und daß Josef Domenig sich erst nach der Verhaftung seines Bruders als Herr des Schankgeschäftes ausgegeben habe.

Die Zeugin Johanna Sch. bestätigt im wesentlichen die Angabe der Karolina R., weicht jedoch von dieser dahin ab, daß die Uebergabe des Sparkassebüchels nicht an Andreas Domenig, sondern in dessen Abwesenheit an seine Frau geschah.

Die Zeugin Maria G. verwickelt sich beim Verhöre in mehrere Widersprüche und behauptet insbesondere, daß die Kellnerin Helena S. vor der Katharina R. im fraglichen Weinschank bedientet war, da Karoline R. zur Zeit der Verhaftung des Domenig sich noch dort befand, während sie andererseits wieder angibt, daß gleich nach der Verhaftung des Domenig nicht die ihr persönlich bekannte Karoline R., sondern die Helena S. ihr unter dem Vorgeben, daß der Herr verhaftet sei und sie nicht mehr bleiben wolle, verschiedene Trinktgeschirre zum Ankaufe anbot.

Wegen dieses Widerspruches in den Zeugenaussagen beschließt der Gerichtshof über Antrag der Staatsanwaltschaft die telegrafische Vorladung der Zeugin Helena S.

Am 10. und letzten Verhandlungstage endlich kommt das dem Andreas Domenig zur Last gelegte Betrugsfaktum zum Nachtheile des Simon Boul'schen Verlasses und das ihm angeschuldete Vergehen der schuldhaften Krida zur Sprache.

In ersterer Beziehung entnehmen wir, daß Andreas Domenig beschuldigt erscheint, gegen die genannte Verlassmasse einen Wechsel per 6800 fl. und einen zweiten Wechsel per 8400 fl. eingeklagt zu haben, obschon der letztere Wechsel, welcher erwiesenermaßen erst nach dem Tode des Dechantes Boul auf einem

mit der echten Unterschrift des Boul versehenen Wechselblanquette unter Intervention der Franziska A. aus gefertigt wurde, nicht zu Recht bestehen soll.

Andreas Domenig hingegen behauptet heute, daß er zwei Boul'sche Wechsel per 6800 fl. besessen habe, von denen der eine auf den Boul'schen Realitäten intabulirt war. Der intabulirte Wechsel per 6800 fl. sei derjenige, den er eingeklagt habe, der nicht intabulirte Wechsel aber sei in einen neuen Wechsel per 7500 fl. übergegangen, aus welchem Wechsel dann jener per 8400 fl. entstanden sei.

Betreffend die betrügerische Fride endlich gesteht Domenig selbst zu, daß er seine Bücher nicht ordnungsmäßig geführt und nach bereits eingetretener Zahlungsunfähigkeit, ohne den Konkurs anzufagen, seinem Gläubiger M. Deckung gegeben habe.

Nach Verlesung des umfassenden Gutachtens des Sachverständigen C. über die Geschäftsführung Domenigs erklärt der Vorsitzende das Beweisverfahren für geschlossen und gibt bekannt, daß kommenden Montag die Plaidoyer's stattfinden.

Eingekendet.

In den letztvergangenen Jahren wurde die Straßenbesprikung von Seite des Magistrats regelmäßig am 1ten Juni begonnen. Ob nun der Mai staubig war oder nicht, nie wurden die Wassereimer vor Ende des Monats aus ihren Winterquartieren hervorgeholt, um sich der staub-schludenden Menschheit zu erbarmen.

Feuer zeigten sich die wasserspendenden Wagen kaum, als sie auch schon wieder verschwanden, um sich nur äußerst sporadisch blicken zu lassen.

Namentlich hat darunter die Wienerstraße zu leiden; nicht genug, daß dort weniger als auf den gepflasterten Gassen gespritzt wird, wurde dieselbe noch vor kurzem theilweise neu beschottert, was bei dem Umfange, als die Straße riesig stark befahren wird, enorm zur Staubeentwicklung beiträgt. Vielleicht ließ sich der 1861. Magistrat durch den Zufall, daß es an Medardi regnete, bestimmen, die Stadbesprikung auf 40 Tage zu schieben, ohne Rücksicht darauf, ob dadurch die Lungen der Stadtbewohner zu Grunde gehen oder nicht.

Wir erwarten baldige Abhilfe.

Mehrere Bewohner der Wienerstraße.

Wichtig für Viele!

In allen Branchen, insbesondere aber bei Bezug der allgemein beliebten Original-Lose, rechtfertigt sich das Vertrauen einerseits durch anerkannte Solidität der Firma, andererseits durch den sich hieraus ergebenden enormen Absatz. Die wegen ihrer Pünktlichkeit bekannte Staats-Effekten-Handlung **Adolf Haas in Hamburg** ist jedermann aufs wärmste zu empfehlen und machen wir auf die heute in unserem Blatte erscheinene Annonce obigen Hauses besonders aufmerksam.

Witterung.

Laibach, 17. Juni.

Heißer, sonniger Tag. Nachmittags Westnordwestwind ziemlich stark. Feder- und Haufenwolken. Wärme: Morgens 6 Uhr + 12.4°, Nachm. 3 Uhr + 20.8° R. (1870 + 19.8°; 1869 + 12.6°). Barometer 326.14". Das gestrige Tagesmittel der Wärme + 15.2°, um 05.° über dem Normale.

Gedenktafel

über die am 21. Juni 1871 stattfindenden Ligitationen.

- 3. Feilb., Jeram'sche Real., Podgorica, BG. Laibach.
- 1. Feilb., Kastelic'sche Real., Schleinitz, BG. Laibach.
- 3. Feilb., Repar'sche Real., Krajnje, BG. Laas. — 1. Feilb., Staudacher'sche Real., Döblitz, BG. Tschernembl. — 2. Feilb., Baric'sche Real., Schöpfenlad, BG. Tschernembl. — 1. Feilb., Jurit'sche Real., Förtischach, BG. Egg. — 1. Feilb., Bornmann'sche Real., St. Trinitas, BG. Egg. — 1. Feilb., Sterkelar'sche Real., Plese, BG. Laibach. — 1. Feilb., Kobida'sche Real., Weßnitz, BG. Laibach. — 2. Feilb., Kuzina'sche Real., Jorenic, BG. Tschernembl.

Telegramme.

(Orig.-Telegr. des „Laib. Tagblatt.“)

Wien, 17. Juni. (Reichsrath.) Budgetberathung. Sämmtliche Positionen des Voranschlages wurden zu Ende berathen und das Finanzgesetz in zweiter Lesung ohne Debatte angenommen; nächste Sitzung Dienstag den 20. d.

Wien, 17. Juni. Die heutige „Wiener Ztg.“ veröffentlicht ein kaiserliches Manifest vom 8. Juni an die aus dem Militärgrenzverbande ausgeschiedenen Regimenter und Kommunitäten, besagend: Es sei des Kaisers Wille, daß auch das treue tapfere Grenzvolk nicht länger vom Vollgenusse der konstitutionellen Rechte ausgeschlossen bleibe, die Gerechtigkeit erheischt dies umso mehr, als durch die allgemeine Wehrpflicht die Bedingungen der bisherigen drückenden Ausnahmestellung der Militärgrenze entfallen.

Das Manifest legt die Nothwendigkeit eines nur allmäligen Ueberganges des Gesamtgebietes in die Zivilverwaltung dar, anerkennt den festen Sinn der Grenzer für Gesetz und Ordnung, ihre unerschütterliche Treue für Thron und Vaterland, spricht die zuversichtliche Erwartung des Kaisers aus, daß die Grenzer die gleichen heiligen Gefühle auch in den neuen Verhältnissen bewahren werden, erwähnt der gleichzeitig erlassenen allerhöchsten Verordnungen, wodurch die Rechte und Begünstigungen bezeichnet werden, welche den Grenzern auch nach dem Scheiden aus dem Grenzverbande verbleiben, und dankt denselben schließlich für ihre unerschütterliche Treue und Ergebenheit.

Die „W. Abendpost“ bezeichnet die Meldung von Errichtung eines Königreiches Ilirien als Erfindung. Das Abgeordnetenhaus nahm die Budgets des Ackerbau- und des Justizministeriums gemäß den Ausschußanträgen an.

Berlin, 16. Juni. Die Einzugs- und Entlassungsfeier hat unter unbeschreiblichem Volksenthusiasmus stattgefunden. Der Kaiser verlieh hervorragenden Feldherren Auszeichnungen.

Rom, 16. Juni. Alle Souveraine und der König von Italien, sowie Thiers sandeten Glückwunschschreiben an den Papst anlässlich des Jubiläums. Die Stadt ist vollkommen ruhig.

Versailles, 16. Juni. In der Assemblée wurden Anträge gestellt auf zweijährige Mandats-

dauer der Nationalversammlung und Ernennung einer Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfs über endgiltige Regierungsbildung. Beide Anträge, welche man als inopportun betrachtet, dürften keine Folge erhalten.

Wiener Börse vom 16. Juni.

Staatsfonds.	Geld	Ware	West. Hypoth.-Bank.	Geld	Ware
5perc. Rente, 5fl. Pap.	59.15	59.23	—	—	—
do. do. 5fl. in Silber	68.95	69.10	—	—	—
Lose von 1854	93.50	94.—	—	—	—
Lose von 1860, ganzl.	110.20	110.40	—	—	—
Lose von 1860, fünfl.	112.50	118.50	—	—	—
Prämienf. v. 1864	126.50	126.75	—	—	—
Grundentl.-Obl.					
Steiermark zu 5 pCt.	93.—	94.—	—	—	—
Kärnten, Krain u. Küstenland 5	85.75	86.—	—	—	—
Ungarn . . . zu 5	73.80	80.50	—	—	—
Kroat. u. Slav. 5	85.50	86.—	—	—	—
Siebenbürg. . . 5	76.75	77.25	—	—	—
Aktion.					
Rationalbank . . .	783.—	785.—	—	—	—
Union-Bank . . .	281.50	282.—	—	—	—
Creditanstalt . . .	290.60	290.80	—	—	—
R. d. Compagnie-Ges.	900.—	902.—	—	—	—
Anglo-Osterr. Bank	247.25	247.75	—	—	—
Ost. Bodencred.-B.	259.—	260.—	—	—	—
Ost. Hypoth.-B.	87.50	88.50	—	—	—
Ost. Compt.-B.	240.—	—	—	—	—
Steier. Austria	120.—	120.25	—	—	—
Franko-Austria	—	2265	2267	—	—
Kais. Herz.-Korbb.	—	175.—	175.20	—	—
Südbahn-Gesellsch.	—	224.25	224.75	—	—
Kais. Elisabeth-Bahn	—	353.—	353.50	—	—
Carl-Ludwig-Bahn	—	172.50	173.50	—	—
Staatbahn	—	424.—	425.—	—	—
Kais. Franz-Joseph-B.	—	204.25	204.50	—	—
Häufst.-Barcker C.-B.	—	175.50	176.50	—	—
Häufst.-Stum. Bahn	—	177.25	177.75	—	—
Pfandbriefe.					
Nat. d. B. verlobt.	92.70	92.70	—	—	—
Nat. d. B. Creditanst.	83.25	83.50	—	—	—
Allg. öst. Bod.-Credit.	106.25	106.50	—	—	—
do. in 33 J. rück.	86.80	87.—	—	—	—
West. Hypoth.-Bank	—	—	110.50	111.—	—
Prioritäts-Oblig.	—	—	110.50	111.—	—
do. do. 6 pCt.	—	—	98.75	99.20	—
Korb. (100 fl. d. B.)	—	—	89.—	89.20	—
St. B. (200 fl. d. B.)	—	—	140.50	141.—	—
Staatbahn pr. St. 1867	—	—	138.50	139.—	—
Rudolfsb. (300 fl. d. B.)	—	—	91.75	92.—	—
Franz-Jos. (200 fl. d. B.)	—	—	96.90	97.10	—
Lose.					
Credit 100 fl. d. B.	—	—	173.75	174.—	—
Don.-Dampfsch.-Ges.	—	—	102.50	103.—	—
zu 100 fl. d. B.	—	—	59.—	60.—	—
Triester 100 fl. d. B.	—	—	36.—	37.—	—
Osterr. 40 fl. d. B.	—	—	43.50	44.—	—
Salm . . . 40	—	—	31.50	32.—	—
Stary . . . 40	—	—	35.—	37.—	—
Waldschütz . . . 20	—	—	31.—	31.50	—
Waldschütz . . . 20	—	—	23.—	24.—	—
Waldbreit . . . 10	—	—	15.—	17.—	—
Reglewich . . . 10	—	—	15.—	15.50	—
Rudolfsb. 105 fl.	—	—	—	—	—
Wechsel (3 Mon.)					
Kugels. 100 fl. südb. B.	—	—	102.90	103.10	—
Frankf. 100 fl.	—	—	103.25	103.40	—
Bombon 10 fl. Sterl.	—	—	123.80	123.90	—
Paris 100 Francs	—	—	48.50	48.50	—
Münzen.					
Kais. Münz-Ducaten.	—	—	5.88	5.89	—
90-Francsthal.	—	—	9.83	9.83*	—
Berlinsthaler . . .	—	—	1.82	1.82	—
Silber . . .	—	—	121.50	121.75	—

Telegraphischer Wechselkurs

vom 17. Juni.

5perc. Rente österr. Papier 59.15. — 5perc. Rente österr. Silber 69.—. — 1860er Staatsanlehen 100.30. — Bankaktien 779. — Kreditaktien 290.30. — London 123.75. — Silber 121.75. — K. k. Münz-Ducaten 5.88. — Napoleonsd'or 9.85 1/2.

Frische Sendung
natürlicher Mineralwässer
1871er Füllung
 so auch
Haller Job-Quellen, Karlsbader und Marienbader Brunnen-Salz.
Größtes Lager von Farbwaren,
 feine Kattunen, Damas-, Eisen- und Mähelacke,
 Leinwand und vergoldete Firnisse, u. Madenschwämme,
 streifen-Pinsel, schöne Wägen- u. Madenschwämme, u. An-
 so wie best. assortirte Spezereien, Tafel-, Dessertweine,
 Spezerei- u. Champagner empfiehlt die
 Mineralwässer- u. Farbwaren-Handlung des
Peter Lascnik,
 Franzensbrücke, Schatergasse Nr. 18.
 Daselbst in best. Sorten Feilschn zu haben.

